

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 356.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 1. August 1911.

Offenlegung für alle und Sonntags 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Reichsgebiet.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — © Patris-Verlag: Sächsischer
Courier (Lsg. Zeitungsbetrieb), Ul. Unterhaltungsbücherei (Sonntagsbeilage), Danub. Mitteilungen.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1279.
Verantwortlicher: Dr. Walter Gebelowski in Halle a. S.

Offenlegung für alle und Sonntags 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Reichsgebiet.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — © Patris-Verlag: Sächsischer
Courier (Lsg. Zeitungsbetrieb), Ul. Unterhaltungsbücherei (Sonntagsbeilage), Danub. Mitteilungen.
Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16290.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Da es trotz aller Nachforschungen bisher immer noch nicht gelungen ist, Aufklärung über das Schicksal der Kolonne Franzenberg zu schaffen, und da außerdem auch die am Okavango gelegene Polizeistation Kuringurru und die 60 Kilometer westlich von Anbara (Ribebe) gelegene Oblaten-Mission Rianganag gefährdet erscheinen, hat sich der Gouverneur entschlossen, eine stärkere Expedition in den Nordosten des Schutzgebietes zu entsenden. Die Expedition setzt sich aus zwei Kompanien, einer halben Batterie, einer Maschinenengewehrbrabette und einem Verkehrszug zusammen. Angesichts der Länge der Etappenstrecke ist dieses Truppenaufgebot in Stärke von etwa 200 Mann erforderlich. Die Führung übernimmt Major Ginsch; auch der Kommandeur der Schutztruppe, Major von Seydewitz, wird die Expedition begleiten.

Die deutsch-französischen Marokkofragen. Die Pariser „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note: Verschiedene Zeitungen haben sich in der letzten Zeit zum Echo von tendenziösen Gerüchten gemacht, denen zufolge Deutschland zu ungewöhnlichen Einberufungen von Reservisten schritt, während Frankreich seinerseits außerordentliche militärische Maßnahmen trafe. Diese verschiedenen Gerüchte entstehen jeder Begründung. — Eine weitere Note der „Agence Havas“ besagt: Ein Pariser Morgenblatt hat einige vertrauliche Mitteilungen veröffentlicht, die ihm von einem hochgestellten deutschen Persönlichkeit gemacht worden wären, darunter auch eine englische Erklärung des Reichsfiskus Jules Cambon zu dem deutschen Staatssekretär v. Ribbentrop. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Jules Cambon ausgesprochenen Bemerkungen in jedem Punkte unrichtig sind. Dieses letztere Dokument bezieht sich auf eine Berliner Meldung des „Matin“, worin behauptet worden war, daß französische Volkshüter Cambon habe Herrn v. Ribbentrop, als derselbe in einer Unterredung über die marokkanische Angelegenheit die scharfe Tonart anwandte, gesagt: „Aber mein verehrter Herr Minister, Sie verstehen, daß Ihre Souveränität in Kiel gesagt hat: „Widerrede eine Kompensation, Marokko ist mir gleichgültig.“

Ein offizielles Berliner Telegramm der „A. Z.“ bestätigt, daß in der Marokkofrage völlige Übereinstimmung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler bestehe; das Programm der Verhandlungen mit Frankreich sei schon seit geraumer Zeit mit Genehmigung des Kaisers in seinen großen Zügen festgelegt. Neue Wechsläufe, heißt es weiter, seien nicht gefast worden. Die Nachrichten über einen unmittelbaren bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen eilen den Ereignissen voraus. Eingehende Angaben französischer Wäiter über Einzelheiten der Verhandlungen beruhen auf gemachten Kombinationen.

Deutschland und England. Wir erhalten folgende Meldung aus Glasgow: Bei einem Frühstück zu Ehren der Offiziere des deutschen Kreuzers „Geriha“ hat Lord Brodick den Prinzen Franz Josef von Coburg-Kohären, dem Kaiser die Verleibung der aufstehenden Bewohnung Glasgows für Seine Majestät zu übermitteln. Er sagte hierzu, England und Deutschland hätten das größte Interesse an der Oberbeherrschung zur See und er hoffe, daß diese nur freundschaftliche, friedliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herrschen würden. Das Hoch auf die Gesundheit des Kaisers wurde mit Regeneration aufgenommen.

Am Studienrat der Akademie für Kommunalverwaltung in Düsseldorf ist Universitätsprofessor Dr. Eiler, 60 m. (Einn.) bestimmt worden.

Die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren haben im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres 405,5 Millionen Mark betragen. Davon kamen 178,7 Millionen Mark auf die Zölle, 28 Millionen auf die Tabaksteuer, 7,0 Millionen auf die Zigarettensteuer, 46,9 Millionen auf die Zuckerversteuer, 14,1 Millionen auf die Salzsteuer, 48,8 Millionen auf die Branntweinverbrauchsabgabe, 0,2 Millionen auf die Flüssigkeitsverbrauchsabgabe, 2,3 Millionen auf die Schaumweinsteuer, 2,3 Millionen auf die Weinsteuer, 4,4 Millionen auf die Zinnswarensteuer, 27,5 Millionen auf die Brauerei, 0,5 Millionen auf den Spielkartenstempel, 4,8 Millionen auf die Wechselstempelsteuer, 17,7 Millionen auf die Börsensteuer, 12,0 Millionen auf die Lotteriesteuer, 4 Millionen auf den Produktivabgabenstempel, 4,8 Millionen auf die Personenzulagensteuer, 1,0 Millionen auf die Kraftfahrzeugesteuer, 2,5 Millionen auf die Zementsteuer, 0,7 Millionen auf den Schmelzstempel, 0,7 Millionen auf den Grundbesitzvertragsstempel, 8,7 Millionen auf die Erbschaftsteuer und 0,4 Millionen auf die Staatliche Gebühre.

Da im Etat für 1911 die Zehner-Einnahme aus Zöllen, Steuern und Gebühren ohne Zuzugabe aus 1469,7 Millionen Mark angenommen ist, macht ein Viertel des Etatsansatzes 367,5 Millionen Mark aus. Die tatsächliche Einnahme hätte demnach die tatsächliche um 88 Mill.

Mark überstiegen. Jedoch ist es, so führen die „Berliner Politischen Nachrichten“ aus, möglich, eine vierteljährliche Einnahme mit dem Etatsansatz zu vergleichen, weil in einer so kurzen Zeit einzelne Einnahmen sich ganz besonders zu gestalten pflegen. Beispielsweise sind die drei ersten Monate eines Rechnungsjahres für Zölle und Brauerei im allgemeinen nicht günstig, für die Zementsteuer bilden sie jedoch die günstigste Einnahmezeit. Man wird deshalb gut tun, einen Vergleich der tatsächlichen mit den im Etat zum Ansatz gebrachten Einnahmen erst in einem späteren Stadium vorzunehmen.

Bedingt um zu zeigen, wie die Entwicklung einzelner Einnahmeweige im letzten Vierteljahr gewesen ist, mag darauf verwiesen werden, daß die vereinnahmten Zölle den Ansatz um 19,1 Millionen Mark überstiegen haben. Die Tabaksteuer ertrug sich auch jetzt noch nicht günstig; sie ist um 1,1 Millionen Mark hinter dem Etat zurückgeblieben. Dagegen hat die Zigarettensteuer, die im laufenden Etat gegen den vorjährigen wieder eine Erhöhung erfahren hat, auch den erhöhten Ansatz um eine halbe Million überstiegen. Die Zuckerversteuer steigt in ihrem Ertrage weiter. Die Salzsteuer bleibt hinter der veranschlagten Summe etwas zurück. Bei der Branntweinverbrauchsabgabe hat sich ein erfreuliches Plus über den Ansatz ergeben, jedoch wird man gerade hier ein Urteil auf eine spätere Zeit aufschieben müssen. Die Schaumweinsteuer entspricht im großen Ganzen den auf sie gesetzten Erwartungen. Die Zementsteuer war im Etat für 1910 mit 15 Millionen Mark zum Ansatz gelangt; in den für 1911 hat man 8,9 Millionen Mark eingelegt. Damit scheint man die richtige Ertragserschätzung gefunden zu haben. Die Zementsteuereinnahme des ersten Vierteljahres entspricht dieser Schätzung. Das gleiche ist der Fall mit der Zinnswarensteuer, die im Etat für 1911 gegen 1910 noch etwas erhöht ist. Daß die Brauerei im ersten Vierteljahr mit ihren Erträgen hinter dem Etatsansatz zurückblieb, ist in besonderen Verhältnissen dieser Steuer begründet. Die Wechselstempelsteuer entspricht dem Etatsansatz. Erfreulich ist es, daß die Börsensteuer, die für 1911 gegenüber 1910 im Etat um noch 2 Millionen Mark erhöht ist, in ihrem Ertrage aus diesen erhöhten Ansatz um 1,6 Millionen Mark überstiegen hat. Die Lotteriesteuer, der Fakturkundenstempel und die Personenzulagensteuer haben sich ungefähr auf der Etatshöhe gehalten. Die Kraftfahrzeuge- und die Zementsteuern, die beide ihrer Ertragshöhe nach nicht fern im Gewicht fallen, haben über die Etatsansätze hinaus Erträge abgeworfen. Der Schmelzstempel dagegen, dessen Ertrag im Etat für 1911 gegenüber 1910 um 3½ Millionen Mark ermäßigt wurde, hat auch den geringeren Ansatz nicht erreicht. Der Grundbesitzvertragsstempel erfordert eine besondere Betrachtung. Im Etat für 1910 war er mit 25½ Millionen Mark zum Ansatz gebracht. In Wirklichkeit hat er bedeutend mehr eingebracht. Im Etat für 1911 ist er jedoch um nicht weniger als 18,2 Millionen Mark in die Höhe gesetzt. Vierteljährlich soll er danach 10,9 Millionen Mark einbringen. Dahinter ist er nun im ersten Vierteljahr mit 12 Millionen Mark zurückgeblieben. Inzwischen wird auch hier ein längerer Zeitraum für die Fällung eines Urteils abgewartet werden müssen. Auch die Erbschaftsteuer, deren Etatsansatz um 5 Millionen Mark erhöht ist, ist um 1,1 Millionen Mark hinter ihm im ersten Viertel zurückgeblieben. Jedoch gilt hier dasselbe wie für den Grundbesitzvertragsstempel.

Die Wirkungen der deutschen Zollhöherungen auf Spirituosen. Man schreibt dem „N. Pol. Tagb.“: Als am 1. Juli 1910 die Erhöhung des Zolles für Spirituosen auf 275 Mark eingetreten war, zeigte die Zahlen der amtlichen Statistik über die Einfuhr an Spirituosen in der zweiten Hälfte des Jahres 1910 einen ganz bedeutenden Rückgang. Man war geneigt, in diesem Ausfall eine schädliche Wirkung der Zollhöherungen zu erblicken. Dieser Rückgang fand jedoch seine natürliche Erklärung in der außerordentlich hohen Voreinfuhr, die eingetreten war, seitdem im Zusammenhang mit der Finanzreform eine Erhöhung des Zolles auf Spirituosen als wahrheitsgemäß und schon damals wurde darauf hingewiesen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach bereits im Jahre 1911 wieder normale Verhältnisse in der Einfuhr eintreten würden. Diese Erwartung hat sich vollkommen bestätigt. Im Durchschnitt der Jahre 1902—1906 waren 32 808 Doppelzentner zur Einfuhr gelangt und im Durchschnitt der Jahre 1907—1909 42 912 Doppelzentner. Man mußte also damit rechnen, daß 30 000 Doppelzentner über den normalen Bedarf eingeführt wären, als die erste Zollhöherung eintrat. Der Jahresdurchschnitt für 1909 und 1910 belief sich auf 37 603 Doppelzentner. Nachdem nunmehr seit dem Eintritt der Zollhöherung am 1. Juli 1910 ein volles Jahr verlossen ist, ermöglicht die amtliche Statistik ein Bild über die Ent-

wicklung der Einfuhr in diesem Jahre. Dabei ergibt sich eine Einfuhrmenge von 36 308 Doppelzentnern für dieses Jahr. Diese Zahl übersteigt den früheren Jahresdurchschnitt um fast 4000 Doppelzentner, die durch den steigenden Bedarf ihre Erklärung finden. Diese Steigerung beweist aber, daß eine dauernde Beeinträchtigung der Einfuhr durch die Zollhöherung tatsächlich nicht eingetreten ist.

Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung haben im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres 169,9, die der Reichseisenbahnverwaltung 33,6 Millionen Mark betragen. Der Vierteljahresansatz im Etat beträgt für die erstere Verwaltung 183,5, für die letztere 32,2 Millionen Mark.

Wichtige Ergebnisse der inneren Kolonisation in Pommern. Wie uns mitgeteilt wird, sind noch Anzeiger der „Pommerschen Landgesellschaft“, G. m. b. H., der der preussische Staat als Gesellschaft angebot, bisher insgesamt um 115 000 Morgen Land in Pommern besiedelt worden. Davon entfallen auf den Westingensbezirk Stettin 18 400 Morgen, auf den Regierungsbezirk Köslin 74 970 Morgen und auf den Regierungsbezirk Straßburg 23 590 Morgen. Außerhalb Pommerns wurden rund 9500 Morgen besiedelt. Erfreulich ist dabei der Umstand, daß der größte Teil auf kleine Haushalte entfällt, wodurch der Bevölkerung der Arbeit im Sinne der Errichtung der Rentengüter vorgebeugt ist. Von insgesamt 1278 Familien sind nicht weniger als 1130 Rentengüter kleineren und kleineren Umfangs erworben, nämlich 142 Anwesender Rentengüter unter 2½ Hektar von 67, 7½ Hektar, 167 Anwesender von 7½—10, 694 Anwesender von 10—25 Hektar. Nur 148 Anwesender erworben Rentengüter von 25—100 und mehr Hektar. Die Rentengüter in der Größe von 10—25 Hektar betragen demgemäß fast 50 Prozent sämtlicher Güter, und die Güter in der Größe von 1—10 Hektar nehmen 36 Prozent aller Güter ein, so daß für die Güter über 25 Hektar nur rund 15 Prozent übrig bleiben.

Schaffung einer „Internationalen Weltzentrale“ gegen die Schmuggelerei. Wie uns geschrieben wird, verhandelt die im Berliner Polizeipräsidium nun eingerichtete besondere Abteilung zur Bekämpfung des Schmuggels, die der Theaterabteilung (Abt. VII) angegliedert worden ist, ihre Entschiedenheit dem internationalen Abkommen der Kulturstaaten vom Mai vorigen Jahres. In dem Abkommen war vereinbart, daß bis zum September 1911 die Kulturstaaten Zentralstellen zur Bekämpfung des Schmuggels in Wort und Bild einzurichten sollten. Die Zentralstelle für Preußen ist nun im Berliner Polizeipräsidium in Gestalt der oben erwähnten Abteilung im Entstehen begriffen. Jetzt soll eine internationale Weltzentrale geschaffen werden, mit der die deutsche Zentrale in Verbindung treten wird. Die deutsche Zentrale wird die Aufgabe haben, den Handel mit ungesetzlichen Schriften sowohl im Inland wie auch die Einfuhr aus dem Ausland zu überwachen. Außerdem wird sie als Zentralstelle für Mitteilungen anderer preussischer Polizeibehörden fungieren, und wird diese Mitteilungen, soweit sie für das Ausland von Interesse sind, an die internationale Weltzentrale weitergeben. Endlich obliegt ihr der lokale Handel mit ungesetzlichen Schriften, sondern auch der Kinematographen-Theater, der Vereine usw. Die Zentrale umfaßt vorläufig nur Preußen. Die Frage der Errichtung einer Reichszentrale unterliegt noch der Ermüdung der maßgebenden Faktoren.

Der arme Wassermann! Im Wahlkreis Guben scheint man von dem Plan, den gefährdeten Parteiführer Wassermann dort aufzustellen, sehr wenig erbaut zu sein. Die national-liberale „Gubener Zeitung“ wendet sich gegen diesen Plan mit der Bemerkung: „Die Wahlmänner sollten bei ihrer rein akademischen Erörterung außerdem berücksichtigen, daß bei der Kandidatenfrage in unserem Wahlkreis doch wohl in erster Linie die bisherigen Wähler des Prinzen Carlstadt das entscheidende Wort zu sprechen haben. Daß diesen eine Doppellandarbeit, die je möglicherweise in einen neuen Wahlkampf stürzt, genehm ist, möchten wir begreifen.“

Noch stärker, als das Gubener Blatt, wendet sich die „Mheinisch-Westfälische Zeitung“ gegen eine etwaige Kandidatur Wassermann in Guben. So, sie geht noch einen Schritt weiter und erklärt: „Für Wassermann selbst sollte in keinem preussischen Wahlkreis Platz sein. Durch sein antikpreussisches Verhalten in der schlagkräftigen Verfassungfrage, in der er kein Gewicht als Parteiführer im Wahlkreis der freien nationalen Verantwortung bewiesen Funktionenmitgliedern distanzlos in die Waagschale warf, hat er auch nicht sich selbst, sondern die Schmachte der preussischen Partei dem Kaiserreich-Vollstatter eine Heimstätte gewöhren.“

